



Rathaus-Report

Juli/August_2008

Schwarz-Grün kommt mit dem Geld nicht aus

Größeres Defizit, höhere Steuern – und reichlich Selbstzufriedenheit

Der SPD-Haushaltsexperte Peter Tschentscher hat die Amtszeit von Finanzsenator Freytag als „verlorene Zeit für die Konsolidierung der Hamburger Finanzen“ bezeichnet. „Nach dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf sieht es so aus, dass auch die nächsten zwei Jahre verlorene Jahre sein werden“, sagte Tschentscher. Zuvor hatte der schwarz-grüne Senat seinen Entwurf über den Doppelhaushalt 2009/2010 vorgestellt. „Das Ergebnis: Hamburg hat keinen ausgeglichenen Haushalt, das Defizit steigt, Steuern werden erhöht – und der Finanzsenator ist grundlos zufrieden“, so Tschentscher weiter.

„2006 betrug das Haushaltsdefizit 209 Millionen Euro. 2007 wurde Herr Freytag Finanzsenator. Jetzt haben wir rund 700 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen, aber das Defizit ist mit 774,7 Millionen Euro höher als 2006.“ Hamburg habe kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Der Senat versage bei der Aufgabe, den Haushalt in

Zeiten von Steuereinnahmen auf Rekordniveau tatsächlich auszugleichen. „Trotz millionenschwerer Mehreinnahmen erhöht der Senat jetzt die Steuern. Hier gehen Machtkalkül und haushaltspolitisches Unvermögen Hand in Hand.“

Im CDU-Wahlprogramm stellte der Finanzsenator und CDU-Landesvorsitzende Freytag die Haushaltslage rosig dar: „Hamburg hat einen ausgeglichenen Haushalt. (...) Und ganz wichtig: Dieses Jahr gibt es wieder ein Plus in der Staatskasse“, heißt es. „Diese Aussagen waren vorsätzliche und grobe Täuschungen der Wählerinnen und Wähler“, sagte der SPD-Finanzfachmann. „2009 und 2010 werden über 1 Milliarde Euro aus Rücklagen zum Stopfen des Haushaltslochs verwandt. Zugleich gehen die Investitionen zurück. 2011 gegenüber 2008 um ein Drittel. Der Haushalt weist eine erschreckend niedrige Investitionsquote aus.“

Die Festlegung der CDU, mit dem Schuldenmachen aufzuhören, passe nicht zu den beschlossenen Mehrausgaben. „Es wird getrickt:

Inhalt

Titel: Schwarz-Grün kommt mit dem Geld nicht aus **1**

Aktuelles: Schlecht gerechnet - SPD besorgt Universiade-Zuschuss - Bonz-Entlassung: Der Fisch stinkt vom Kopfe her **2-3**

Pressespiegel **2**

News: HAPAG-Lloyd - Sozial-Initiativen **3**

Aus der Bürgerschaft: Und die Täter lässt man laufen - Schwarz-Grüne Geheimab-sprachen - Der Weg zum Mindestlohn - Schwarz-Grün verunsichert die Hafengewirtschaft - Hamburg zeigt Flagge - Privatschul-Zulassung: Rabe fordert Transparenz - Lehrschwimmbekken statt Leerschwimmbekken - Feiger und sinnloser Anschlag - Evaluation des CDU-Polizeigesetzes **4-9**

Nachgefragt: 100 Tage Schwarz-Grün **10-11**

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Vi.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Agnes Hiller, Christoph Holstein
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de



Umwege der Finanzierung über Schattenhaushalte in öffentlichen Unternehmen werden gesucht, wie schon bei der bürokratischen Reform der Studienfinanzierung. Hier werden bis 2012 rund 140 und in den Jahren danach über 200 Millionen Euro neue Schulden bei der Wohnungsbaukreditanstalt gemacht, für die die Stadt voll haftet und die Zinsen zahlt.“ Der Slogan „Hafen finanziert Hafen“ höre sich verlockend an. „Ich fürchte aber, Hafen finanziert Schulden, die bei der HPA versteckt werden sollen“, sagte Tschentscher.

„90 Millionen Euro „Globale Minderausgaben“ in den beiden nächsten Jahren bedeuteten nichts anderes, als dass „Schwarz-Grün sich nicht einigen konnte, wo und wie gespart und auf Projekte verzichtet werden soll“.

„Bereits zwei Jahre nach Amtsantritt des Bürgermeister von Beust hatte der Senat im Jahr 2003 ein Rekorddefizit in der Hamburger Nachkriegsgeschichte von 1,9 Milliarden Euro. Die Mahnungen des Rechnungshofs an die neuen Koalitionäre, das hohe Defizit aus den Jahren der CDU-Regierung endlich abzubauen, werden offenbar weiter in den Wind geschrieben.“ Der Rechnungshof wies eine Lücke von 1,6 Milliarden Euro für den Finanzplanungszeitraum nach. Jetzt sind es 2,1 Milliarden Euro Defizit für die Jahre 2008 bis 2012.

Schlecht gerechnet

Studiengebühren bleiben – soziale Spaltung bleibt auch

Die SPD-Hochschulexpertin Dorothee Stapelfeldt hat das Festhalten des schwarz-grünen

PRESSESPIEGEL

„Schulen werden nicht verscherbelt“, so ein Koalitionär (...) Jetzt wird erwogen, der SAGA/GWG die Gebäude zuzuschustern. Hamburger Morgenpost vom 03.09.2008

Senat sucht 3,2 Milliarden Euro. Haushaltsklausur: Bis heute Nachmittag zurrst Schwarz-Grün fest, wofür es Geld gibt und woher es kommen soll. Die Lage ist dramatisch. Es sieht so aus, als wolle sich die Koalition mit Tricks behelfen. die tageszeitung vom 03.09.2008

Beust sieht keine Krise: „Wenn ich regiere, herrscht Disziplin“ Die Welt vom 01.09.2008

Schwarz-Grün soll auch zur Elbvertiefung interne Absprache getroffen haben. Hamburger Morgenpost vom 01.09.2008

Mutmaßliche Geheimabsprachen der Hamburger Koalition bringen Regierungsschiff in stürmische Gewässer. Auch zum Thema Elbvertiefung und Haushalt soll es Vereinbarungen geben, die nicht im Koalitionsvertrag stehen. die tageszeitung vom 01.09.2008

Ole von Beust: Pro Jahr lässt er einen Kopf rollen. Drei Senatoren und vier Staatsräte mussten bereits den Hut nehmen. Hamburger Morgenpost vom 29.08.2008

Möbel Höffner. Senat räumt Geheimabsprachen ein. Hamburger Abendblatt vom 20.08.2008

Regenbogenfahne und sonst nichts? 100 Tage Schwarz-Grün in Hamburg: Viele Ankündigungen, wenige Taten“ Schweziner Volkszeitung vom 14.08.2008

Senatoren gaben 785.000 Euro für ihre eigenen Büros aus. Hamburger Abendblatt vom 14.08.2008

Geheime Absprachen bringen Senat in Turbulenzen. Erste Behörde gibt Existenz des brisanten Vermerks zu - Betroffenes Möbelhaus Höffner droht Stadt mit Schadensersatz-Klage. Die Welt vom 14.08.2008

Senats an den Studiengebühren in Hamburg als „falsches Signal“ und „schlecht für den Hochschulstandort Hamburg“ bezeichnet. „Dem hohen Anspruch, ein Signal des Aufbruchs für die Stadt auszusenden, wird die Wirklichkeit des neuen Studienfinanzierungsgesetzes nicht gerecht“, sagte Stapelfeldt. Studiengebühren seien ungerecht und unsozial. Schwarz-Grün habe schlecht gerechnet.

„Dieses Gesetz von CDU und GAL erhöht nicht nur die sozialen Barrieren für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Es verschärft auch die Bedingungen für Studierende mit kleinen Kindern, mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten. Gleiches gilt für Studierende aus Ländern außerhalb der Europäischen Union“, sagte Stapelfeldt.

Das schwarz-grüne Gebührenmodell stelle eine teure und staatlich unsinnige Zwischenfinanzierung dar - über einen Schattenhaushalt bei der Wohnungsbaukreditanstalt. „Die 38 Millionen Euro für die Hochschulen kosten den Haushalt gleichzeitig 23 Millionen Euro. Nur 15 Millionen kommen tatsächlich aus Studiengebühren. Dieses absurde Konstrukt wird die Stadt langfristig belasten“, warnte Stapelfeldt.

Der SPD-Haushaltspolitiker Peter Tschentscher kritisierte, mit der Beibehaltung der Studiengebühren werde die soziale Spaltung bis in den Hochschulbereich aufrechterhalten. Schwarz-Grün habe einen faulen Kompromiss gemacht – zu Lasten der Studierenden und der Steuerzahler.

SPD besorgt Universiade-Zuschuss vom Bund

Der Bund will sich nun doch mit insgesamt 50 Millionen Euro an den Kosten für die Universiade beteiligen. Mit dieser erfreulichen Nachricht im Gepäck kehrte der SPD-Bürgerschaftsvorsitzende Michael Neumann gestern Nachmittag aus Berlin zurück.

Zusammen mit Juliane Timmermann, der sportpolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, ist es Neumann gelungen, Peter Struck von der Bedeutung einer Universiade in Deutschland zu überzeugen. „Es geht darum, sich als Hamburger für unsere Stadt einzusetzen“, so Neumann, „und das war erfolgreich.“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, habe zugesagt, einen Antrag in die Haushaltsberatungen einzubringen, um 25 Millionen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Bisher hieß es, der Bund würde sich lediglich mit 25 Millionen beteiligen. Daraufhin ließ der Senat zwar verlautbaren, dass er an einer Bewerbung für die Universiade 2015 festhalte, doch die Hoffnung schien Herr von Beust aufgegeben zu haben.

Mit dem Gespräch der Hamburger SPD-Abgeordneten in Berlin hat sich das Blatt gewendet: „Das ist ein starkes Signal für Hamburg. Jetzt ist der Senat gefordert, seinen Finanzierungsanteil zu bringen“, so Neumann. Außerdem sei ein Konzept zur Förderung des Breitensports gefordert. Ziel sei es schließlich, dass möglichst viele Hamburger Sportler erfolgreich an der Universiade teilnehmen.

Auch abseits des Sports hat eine solche Veranstaltung große Bedeutung. „Hamburg bietet perfekte Voraussetzungen und hätte mit der Universiade 2015 die Chance, sich nicht nur als Sport-, sondern auch als Kultur- und Wissenschaftsstandort weltweit zu präsentieren“, so Juliane Timmermann.

Bonz-Entlassung: Der Fisch stinkt vom Kopfe her

Neumann: Der Skandal ist die Lüge des Senats – nicht der Vermerk darüber

Mit der Entlassung von Wirtschaftsstaatsrat Bonz hat Bürgermeister von Beust aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion für eine weitere Eskalation der Senatskrise um Geheimabsprachen neben dem Koalitionsvertrag gesorgt. „Staatsrat Bonz ist nur ein Bauernopfer. Der Fisch stinkt vom Kopfe her“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann.

„Der Vermerk von Staatsrat Bonz hat öffentlich gemacht, dass die Spitzen von CDU und GAL die Öffentlichkeit schon bei der Vorstellung des

NEWS

Glos lässt Hapag-Lloyd im Stich

SPD-Fraktionsvize Ingo Egloff hat die Weigerung von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) scharf kritisiert, nichts gegen die mögliche Übernahme von Hapag-Lloyd zu unternehmen. Egloff forderte Wirtschaftssenator Gedaschko auf, auch in Berlin offensiv für die Hamburger Belange einzutreten. „Es reicht nicht, sich in Hamburg mit Betriebsräten und Beschäftigten zu solidarisieren. Der Wirtschaftssenator muss auch in Berlin aktiv werden. Er darf dabei den Konflikt mit einem befreundeten Bundesminister nicht scheuen“, sagte Egloff.

Sozial-Initiativen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich dafür ausgesprochen, die Lebenssituation von Menschen verbessern, die aufgrund voller Erwerbsminderung oder ihres Alters von Armut bedroht sind. In einem Antrag fordert die SPD den Senat auf, die Regelsätze nach SGB XII den tatsächlichen Lebenshaltungskosten in Hamburg anzupassen. Weiter will die SPD in Hamburg einen so genannten Kinderwarenkorb einführen. „Mit diesen Initiativen reagieren wir auf die sich verschärfenden Lebensumstände von Menschen, die sich allein nicht helfen können“, sagte der SPD-Fachsprecher für Sozialpolitik, Dirk Kienscherf.

AUS DER FRAKTION

27.8./ SPD-FRAKTION nimmt am 2. MOPO Staffellauf teil. Parallel zum Lauf diskutieren etwa 30 Abgeordnete mit 3 geladenen Experten über "Die Sportstadt Hamburg"



5.8./MICHAEL NEUMANN besucht weltweit erstes CO2-freies BraunkohleKraftwerk in der Lausitz. "Es ist wichtig, dass alle technischen Möglichkeiten aufgegriffen werden, um eine möglichst saubere Energieversorgung zu erreichen und gleichzeitig die Versorgung von Menschen und der Industrie mit zuverlässiger und preisgünstiger Energie gewährleistet wird. (...) Ich gehe davon aus, dass es hier so schnell vorzeigbare Resultate geben wird, dass auch Morrburg davon profitieren wird."

29.7./SPD-FRAKTION veranstaltet anlässlich des diejährigen Christopher-Street-Day Diskussion zu "We are family - Kinder, Lesben, Schwule und Adoption".



Koalitionsvertrages belogen haben. Es gibt mindestens eine geheime Absprache neben dem Koalitionsvertrag. CDU und GAL haben das Gegenteil behauptet. Nicht die Lüge scheint für den Bürgermeister aber das Problem zu sein, sondern die Tatsache, dass sie rausgekommen ist. Das ist unerhört", sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann.

Der Bürgermeister schaffe es nicht, die aktuelle Senatskrise in den Griff zu bekommen. „Im Gegenteil: Herr von Beust hat die Problematik geheimer Absprachen jetzt nach ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt“, sagte Neumann. Der Bürgermeister müsse Medien und Öffentlichkeit gegenüber unmissverständlich die Frage beantworten, ob es weitere Absprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages gibt. Zuletzt hatte Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) auf diese Frage lediglich antworten können, ihm seien für das Innenressort solche Absprachen „nicht bekannt“.

„... und die Täter lässt man laufen“

SPD-Fraktionsvize Egloff kritisiert Entlassung von Staatsrat Bonz

Wirtschaftsstaatsrat Gunter Bonz ist das erste politische Opfer des Skandals um geheime Absprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages. jetzt in Schwierigkeiten. Bonz hatte - gewollt oder ungewollt - die Spitzen des Senats der Lüge überführt. Während Bürgermeister von Beust, CDU-Chef Freytag, GAL-Fraktionschefin Goetsch und die GAL-Vorsitzende Hajduk bei der Vorstellung des schwarz-grünen Koalitionsvertrages bestritten hatten, dass es neben dem Vertrag weitere Absprachen gibt, hatte Bonz eine Geheimabsprache zur geplanten Höffner-Ansiedlung schriftlich festgehalten. Dieser Vermerk war an die Medien gelangt - was Beust und Freytag offensichtlich Bonz anlasten.

„Da wird einer der besten Beamten der Stadt entlassen, weil er verwaltungsrechtlich korrekt einen Vorgang festgehalten hat, den nicht er, sondern die Spitzen von Schwarz-Grün inklusive Bürgermeister von Beust zu verantworten haben. Hätte nicht der Staatsrat dies getan, wären die Verwaltungsbeamten verpflichtet gewesen die schwarz-grüne Nebenabsprache zu dokumentieren. Denn aufgrund des Verhaltens der CDU und GAL - Senatoren droht der Stadt eine Schadenersatzforderung von 30 Millionen Euro“, sagte der SPD-Fraktionsvize und Wirtschaftspolitiker Ingo Egloff.

Bonz habe weder die Unwahrheit aufgeschrieben noch gegen rechtliche Regeln verstoßen. Der eigentliche Skandal sei, dass von Beust, Freytag sowie die GAL-Frauen Hajduk und Goetsch versucht haben, die Stadt zu täuschen. Augenscheinlich habe Hajduk versucht, die Beamten ihrer Behörde dazu zu bringen, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen. Sollte der Vermerk dann auch noch aus der Behörde von Senatorin Hajduk lanciert worden sein, bekomme der Skandal eine neue Qualität. Der Verdacht liege nahe, "dass die Grünen und auch CDU-Chef und Finanzsenator Freytag eine günstige Gelegenheit suchen, einen unbequemen Beamten loszuwerden. Den



Grünen passt die Haltung von Herrn Bonz zum Thema Elbvertiefung, Höffner und Moorburg nicht. Und Herrn Freytag gefällt nicht, dass er gelegentlich daran erinnert wird, welche Position die CDU bis zum 24. Februar bei den konkret benannten Wirtschaftsprojekten vertreten hat. Freytag will nicht an seine Prinzipienlosigkeit erinnert werden“, sagte Egloff.

Die Hamburger Wirtschaft müsse sich darauf einstellen, dass in Zukunft niemand ihre Interessen im Senat vertritt. Denn Wirtschaftssenator Gedaschko habe ja "nicht mal die Kraft und die Courage, seinen wichtigsten Beamten zu verteidigen". In den Haushaltsberatungen werde man erleben, dass zum Beispiel "die bisherige Hafenfinanzierung dran glauben muss - weil sich Gedaschko nicht für sein Ressort gerade macht". Das ganze - so Egloff - "erinnert an einen schlechten Film, bei dem man die Unschuldigen hängt und die Täter laufen lässt".

Schwarz-Grüne Geheimabsprachen: "Lügen haben kurze Beine"

SPD fordert Offenlegung der Höffner-Akten

Im Streit um Geheimabsprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages ist der Senat nach Ansicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise gerutscht. „Lügen haben kurze Beine“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann als Reaktion auf eine aktuelle Stellungnahme des Senats zur möglichen Ansiedlung des Höffner-Möbelhauses in Eidelstedt. In ihr räumt der Senat - nach tagelangem Leugnen - die Existenz von Nebenabsprachen ein. Die Tageszeitung "Die Welt" hatte erstmals über Nebenabsprachen berichtet. Offiziell hatte der Senat die Berichterstattung zurückgewiesen.

„Mit seiner Stellungnahme räumt der Senat jetzt erstmals ein: Er hat öffentlich die Unwahrheit gesagt“, sagte SPD-Fraktionschef Neumann. Jetzt stehe die Frage im Raum, ob es auch bei anderen politischen Komplexen Geheimabsprachen neben dem Koalitionsvertrag gibt – etwa dem Streit um das Kohlekraftwerk Moorburg. Neumann betonte, Bürgermeister von Beust, CDU-Landeschef Freytag, GAL-Fraktionschefin Goetsch und die GAL-Landesvorsitzende Hajduk hätten die Existenz solcher Absprachen bei der offiziellen Vorstellung des Koalitionsvertrages ausdrücklich verneint. Das Vertrauen insbesondere der Hamburger Wirtschaft in den Senat werde durch das heutige Eingeständnis auf eine erste harte Probe gestellt.

Neumann kritisierte den Senat scharf: „Er ramponiert seine Glaubwürdigkeit und fügt sich, der Stadt Hamburg und der Politik allgemein Schaden zu.“ Die „Salamitaktik“ des Senats bezeichnete er als „entlarvend: Erst wird geleugnet, dann wird scheinbarweise eingeräumt, was nicht mehr zu leugnen ist. Die Wahrheit wird am Ende ans Licht kommen. Der Senat muss die Akten zur Höffner-Ansiedlung auf den Tisch legen“, forderte der SPD-Fraktionschef.

AUS DER FRAKTION

3.7./DIE SPD-FRAKTION lädt zur "Fraktion im Dialog" mit dem Thema: Beschäftigungsförderung in Hamburg - Bestandsaufnahme und notwendige Weiterentwicklung aus Sicht der Träger. Ca. 35 Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigungsträgern diskutieren lebhaft, sind angetan vom "offenen Ohr der SPD" und beschließen weiteren Austausch.

24.6./DIE SPD-FRAKTION lädt zur "Fraktion im Dialog" mit dem Thema: Arbeiten für wenig Geld - Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hamburg". Teil nahmen etwa 80 Betriebs- und Personalräte.

22.6./DIE SPD-FRAKTION nimmt mit 5 Abgeordneten und Mitarbeiterinnen am Alsterlauf "Laufen gegen Gewalt" teil.



INITIATIVEN

Kinder- und Jugendlärm

Natürliche Lebensäußerungen von Kindern dürfen nicht mit den gleichen Maßstäben gemessen werden wie Gewerbelärm. Auf Landesebene ist endlich für eine Privilegierung von Kinderlärm gegenüber anderen Lärmquellen zu sorgen. **ANTRAG DER SPD-FRAKTION.**

Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen

In Hamburg können 31 Prozent der Kinder am Ende der 4. Klasse und 16 Prozent der Kinder am Ende der sechsten Klasse nicht schwimmen. Anstatt den Schwimmunterricht zu verstärken, hat der Senat den Schwimmunterricht in der Grundschule sowie in der 6. Klasse um 25 Prozent verringert. Die SPD fordert den Senat deshalb auf, eine Schulschwimm-Offensive mit folgenden Hauptzielen zu starten: Bis zum Beginn des Schuljahres 2006 sollen alle Hamburger Schulkinder am Ende der 6. Schulklasse und 90 Prozent der Hamburger Grundschul Kinder am Ende der 4. Klasse schwimmen können.

Zum Fall Morsal

Das vorhandene Instrumentarium der Kinder- und Jugendhilfe bzw. des Rechtsstaates wurde offenbar nicht in ausreichender Konsequenz zum Wohle Morsals genutzt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der fehlenden Bereitschaft des Senats für eine lückenlose Aufklärung des Sachverhalts zu sorgen, das Behördenhandeln rückhaltlos zu überprüfen und etwaige Versäumnisse zu benennen und für die Zukunft auszuräumen, ist es angezeigt, das staatliche Agieren gegenüber Morsal und ihren engsten Familienangehörigen, d.h. ihren Eltern und Geschwistern, im Wege der Akteneinsicht zu prüfen.

Weiterer Schritt auf dem Weg zum Mindestlohn

Die SPD-Arbeitsmarktexpertin Elke Badde hat die Berliner Einigung im Streit um die Ausweitung von Mindestlöhnen begrüßt. „Die Einigung macht den Weg für Mindestlöhne in weiteren Branchen und Wirtschaftsbereichen frei. Das ist eine gute Nachricht für viele Menschen in Hamburg und ein Erfolg für diejenigen, die sich für die Einführung von Mindestlöhnen stark machen“, sagte Badde. Sie verwies darauf, dass in Hamburg rund 30.000 Menschen trotz Berufstätigkeit auf staatliche Unterstützung angewiesen seien.

Zuvor hatten sich Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf eine Mindestlohn-Einigung verständigt. Das Bundeskabinett hat die Entwürfe für das Entsendegesetz und das Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen verabschiedet. Damit sind die Voraussetzungen für die Einführung von weiteren Lohnuntergrenzen geschaffen. Offen ist lediglich, in welchen zusätzlichen Branchen künftig Mindestlöhne gelten.

Badde sagte, das Thema Mindestlohn bleibe auch in Hamburg auf der politischen Tagesordnung: „Die Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Doch immer mehr Menschen können auch in Hamburg von ihrem Lohn allein nicht leben“, sagte die SPD-Abgeordnete. In Hamburg seien rund 30.000 Menschen trotz Arbeit auf Arbeitslosengeld II angewiesen. „Diesen Menschen zahlt der Staat Geld, das ihnen skrupellose Unternehmen mit ihren Dumpinglöhnen vorenthalten. Ich hoffe, dass die aktuelle Entscheidung in Berlin ein weiterer Meilenstein zur Einführung von Mindestlöhnen ist.“

Schwarz-Grün verunsichert die Hafenvirtschaft

SPD kritisiert Diskussion über Verwendung der HHLA-Gelder

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den Senat aufgefordert, sich unmissverständlich zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der HHLA zu äußern. Zuvor hatte GAL-Fraktionschef Jens Kerstan infrage gestellt, dass die Gelder - wie geplant - in Hafeninvestitionen fließen sollen.

„Vor dem Verkauf der HHLA-Anteile hat sich der Senat verpflichtet, das eingenommene Geld wieder in den Hafen zu investieren. Es wäre ein Skandal und schädlich für den Hafen, wenn diese Position jetzt geräumt wird“, sagte SPD-Wirtschaftsfachmann Schwinke. Schon eine öffentlich geführte Diskussion um die Verwendung der Gelder sorge in der Hafenvirtschaft für Verunsicherung und sei deshalb schädlich.

Der Hamburger Hafen stehe in harter Konkurrenz, die Hafenvirtschaft brauche klare Perspektiven und verlässliche Aussagen. „Dass Schwarz-Grün sich finanziell ziemlich übernommen hat, ist mittlerweile jedem klar.“

Finanzsenator Freytag hat in den Koalitionsgesprächen die Spenderhosen angehabt und den Grünen das Blaue vom Himmel herunterversprochen. Er darf jetzt nicht den Hafen für seine vermeintliche Großzügigkeit zur Kasse bitten“, sagte der SPD-Wirtschaftsexperte.

„Hamburg zeigt Flagge“

HAPAG-Lloyd: SPD-Fraktion begrüßt Entscheidung des Senats

Die Fachsprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Arbeitsmarktpolitik, Elke Badde, hat das „unerwartet starke Engagement des Senates für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Hapag-Lloyd“ begrüßt. SPD-Fraktionschef Michael Neumann appellierte, die unmittelbare Betroffenheit der Beschäftigten in der wirtschaftspolitisch dominierten öffentlichen Diskussion nicht zu ignorieren.

„Der Schulterschluss für den Erhalt der nahezu 2000 Arbeitsplätze in Hamburg kann gar nicht eng genug sein“, sagte Badde in der aktuellen Stunde der Bürgerschaft. „Während beim Verkauf der Hamburger Krankenhäuser die Interessen der Arbeitnehmer noch hintenangestellt wurden, ist jetzt zugunsten eines Hamburger Traditionsunternehmens eine deutliche Kehrtwende wahrzunehmen“. Für die SPD-Fraktion betonte Badde die wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung von Hapag-Lloyd. Sie fordert den Senat dazu auf, alle Kräfte zu mobilisieren, um das Unternehmen in Hamburg zu halten.

SPD-Fraktionschef Michael Neumann hatte zuvor appelliert, die Interessen und Sorgen der Beschäftigten im Kampf um Hapag-Lloyd nicht aus den Augen zu verlieren. „Es geht beim Ringen um Hapag-Lloyd um die Perspektiven für den Hafen und damit für den ganzen Standort Hamburg. Es geht um ein Hamburger Unternehmen mit großer Tradition und um 40 Prozent des Umschlags im Hafen. In entscheidendem Maße geht es aber um die Existenz von über tausend Familien in unserer Stadt. Diese Menschen haben unsere Solidarität verdient“, sagte Neumann vor Hapag-Lloyd-Beschäftigten am Ballindamm. Wenn die SPD sage, Hamburg stehe zu Hapag-Lloyd, dann bedeute das in allererster Linie: „Hamburg steht zu den Beschäftigten von Hapag-Lloyd“, sagte der SPD-Politiker.

Privatschul-Zulassung: Rabe fordert Transparenz

Trend zu Privatschulen hält an: Senat muss Schulpolitik verbessern

Der SPD-Fachsprecher für Bildungspolitik, Ties Rabe, hat die Schulbehörde aufgefordert, ihre Entscheidungen über Zulassung und Nicht-Zulassung von Privatschulen in Hamburg transparent darzustellen. Zuvor hatte die Schulbehörde nach entsprechender Prüfung den Antrag der Berliner Phorms AG abgelehnt, zum nächsten Schuljahr eine private Grundschule und ein privates Gymnasium zu eröffnen. Eine Begründung gab die Behörde bislang nicht.

Rabe sagte, es sei zwar gut, wenn die Konzeptionen von Privatschulen vor einer entsprechenden Genehmigung ordentlich geprüft würden. „Nach einer solchen Prüfung muss allerdings verständlich dargestellt werden, wer aus welchen Gründen eine Genehmigung bekommt, und wer aus welchen Gründen nicht starten darf“, sagte Rabe. Ansonsten könnte der Eindruck entstehen, Privatschulen würden willkürlich blockiert, um so die Zahl der dort unterrichteten Schülerinnen und Schüler nach unten zu drücken.

Der erkennbare Trend hin zu den Privatschulen zeige, dass viele Eltern das Vertrauen in das staatliche Schulsystem verloren hätten, sagte Rabe. „Der Senat muss dafür sorgen, dass die Eltern wieder Vertrauen gewinnen. Das schafft er durch eine bessere Schulpolitik - und nicht, in dem er willkürlich Privatschulen verhindert.“

SPD fordert: Lehrschwimmbecken statt Leerschwimmbecken

Juliane Timmermann: Senat muss Konzept zum Erhalt vorlegen

Im Streit um die Zukunft der Hamburger Lehrschwimmbecken hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion dem Senat unverantwortliches Taktieren vorgeworfen. „Die Zukunft der Lehrschwimmbecken ist erneut in Gefahr – und der Senat lässt die Träger mit ihren Problemen allein“, sagte Juliane Timmermann, SPD-Fachsprecherin für Sportpolitik, in der Bürgerschaft.

2005 hatte der CDU-Senat



beschlossen, die Lehrschwimmbecken zu schließen. Vereine und Initiativen hatten sich darauf hin zunächst erfolgreich bemüht, den Betrieb auch ohne Behördengelder fortzuführen. Dieses Engagement droht jetzt aufgrund finanzieller Belastungen – etwa durch Kosten für Energie – zu scheitern

Der Senat habe den Trägern Investitionsruinen übergeben. Es sei „politisch diletantisch“, die Vereine jetzt mit ihren Problemen allein zu lassen“, sagte Timmermann. Das Handeln des Senats brüskiere Vereine und Organisationen, die Kindern und Jugendlichen das Schwimmen beibringen wollen.

Wie wichtig frühes Schwimmen lernen ist, zeigten jedes Jahr die Bilanzen der Rettungsdienste. Experten und vor allem die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft gingen davon aus, dass mangelnde Schwimm-Erfahrung und Überschätzung Hauptgründe für Todesfälle durch Ertrinken sind.

Der Senat ignoriere Fakten, die sein Handeln fragwürdig erscheinen lassen. So sei die Auslastung der Lehrschwimmbecken wie in der Vergangenheit konstant gut, betonte Timmermann. Sie warf dem Senat „haarsträubende Versäumnisse“ bei der Überlassung der Lehrschwimmbecken vor. So habe er in den Überlassungsverträgen festgelegt, dass die jeweiligen Betreiber die Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten zu tragen haben. Der Senat gestehe jedoch ein, dass ein erheblicher Sanierungsstau zwischen 400.000 und 800.000 Euro je Lehrschwimmbecken besteht. Hinzu kämen jetzt Nachzahlungen für Energieversorgung. „Die Kalkulation der Träger erfolgte auf Datengrundlage der Behörde. Wenn es jetzt zu Nachforderungen kommt, stellt sich die Frage, ob in der Behörde richtig gerechnet und kalkuliert worden ist. Selbst finanziell gut dastehende Vereine tun sich schwer, eine solche Nachzahlung zu stemmen.“

Timmermann forderte den Senat auf, ein zukunftsfähiges und tragendes Konzept für den Erhalt der Lehrschwimmbecken vorzulegen. „Schaffen Sie Planungssicherheit für die betroffenen Vereine. Und sorgen Sie dafür, dass aus den Lehrschwimmbecken keine Leerschwimmbecken werden.“

„Feiger und sinnloser Anschlag“

SPD-Fraktionschef Michael Neumann hat den Anschlag auf die Wohnung des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Gunnar Eisold scharf kritisiert.

„Dieser Anschlag ist feige, er ist sinnlos und er blamiert die Täter“, sagte Neumann. „Denn der Rechtsstaat lässt sich durch Gewalt nicht unter Druck setzen. Gewalt darf im Rahmen politischer Diskussionen kein Mittel in der freiheitlichen Demokratie sein.“ Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wünsche Eisold, dass er über den Schrecken möglichst schnell hinwegkomme.

Neumann sagte, er hoffe, dass es der Polizei gelingt, die Täter ausfindig zu machen. „Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Hamburger

Vertreter aus Wirtschaft, Politik oder Verwaltung immer wieder zur Zielscheibe von politisch Kriminellen werden“, sagte Neumann. In den vergangenen Jahren war es wiederholt zu Anschlägen auf Häuser, Wohnungen oder Autos in Hamburg gekommen. Leidtragende waren unter anderem Affi-Chef Werner Marnette, HWWI-Chef Prof. Thomas Straubhaar, Finanzstaatssekretär Thomas Mirow, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz oder der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Karl-Heinz Warnholz. Bisher konnte niemand für die Anschläge zur Verantwortung gezogen werden.

SPD legt Evaluation des CDU-Polizeigesetzes vor

Sozialdemokraten bestätigt - aber welche Konsequenzen zieht Schwarz-Grün?

Drei Jahre nach Inkrafttreten des teilweise hoch umstrittenen CDU-Polizeigesetzes hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion eine erste Evaluation der neuen Regelungen vorgelegt. Basis ist eine Senatsantwort auf eine umfangreiche SPD-Anfrage. „Wir sind gespannt, wie die schwarz-grüne Bewertung ausfällt“, erklärte SPD-Innenexperte Andreas Dressel mit Blick auf die von der Koalition verabschiedete, aber noch strittige nächste Polizeirechtsnovelle. „Die Ergebnisse der CDU-Veränderungen sind unterschiedlich zu bewerten. Manche Bestimmungen haben sich durchaus bewährt, manche weniger.“ Die Sozialdemokraten sehen sich in ihrer bisherigen, differenzierten Position insgesamt sehr bestätigt, so Dressel. Die SPD-Fraktion hatte seinerzeit einen ausführlichen eigenen Gesetzentwurf in die Beratung

gen eingebracht.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE AUS SICHT DER SPD-FRAKTION

1. Die Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams auf maximal 14 Tage ist ein Flop. Ingewahrsamnahmen von einer Woche oder länger sind nicht ein einziges Mal vollzogen worden. Nur sechs Ingewahrsamnahmen dauerten länger als drei Tage, nur einmal dauerte der Polizeigewahrsam mehr als vier Tage an. Dressel: "Beim Unterbindungsgewahrsam haben die Gerichte die Innenbehörde offenbar auflaufen lassen." Insgesamt hat die Innenbehörde seit Mitte 2005 in 242 Fällen die richterliche Bestätigung einer Ingewahrsamnahme einholen wollen. Dazu ist sie spätestens nach 48 Stunden verpflichtet. In weniger als acht Prozent der Fälle haben die Gerichte die Ingewahrsamnahme wie beantragt bestätigt, in 88 Prozent der Fälle mussten die Betroffenen umgehend aus dem Gewahrsam entlassen werden. Zu den Hintergründen dieser Rechtsprechung verweigert der Senat die Auskunft. Die Zahlen belegen: Mit einer zweiwöchigen Polizeihaft ist die CDU weit übers Ziel hinausgeschossen. Selbst die von schwarz-grün vereinbarte Begrenzung der Höchstdauer auf zehn Tagen erscheint unangebracht."

2. Auch die von der CDU im Alleingang beschlossene Option, Aufenthaltsverbote von einem Jahr zu erlassen, ist in keinem Fall zur Anwendung gekommen. Es gab zwar fast 57.000 längerfristige Aufenthaltsverbote - überwiegend zur Bekämpfung der Drogenkriminalität - aber eine Maximal-Frist von sechs Monaten hat sich auch in wenigen Extremfällen als ausreichend erwiesen.

3. Trotz Videoüberwachung auf der Reeperbahn steigt die Zahl der Straftaten weiter. Im 1. Halbjahr 2008 wurden 527 Straftaten im videoüberwachten Bereich registriert, im 1. Halbjahr 2007 waren es noch 439 - ein Anstieg um 20 Prozent. Demgegenüber ergibt sich im nicht unmittelbar videoüberwachten Bereich in der Umgebung der Reeperbahn im gleichen Zeitraum ein Anstieg von 307 auf 318 Delikte. Dressel: "Der abschreckende Effekt der Videoüberwachung, den die CDU immer wieder propagiert hat, ist auf ganzer Linie ausgeblieben. Man darf gespannt sein, welche Konsequenzen Schwarz-Grün daraus zieht."

4. Der - aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzte - Einsatz der Kennzeichenlesegeräte hat zur Erfassung von 258.867 Fahrzeugkennzeichen geführt. Dabei wurden im Ergebnis 159 zur Fahndung ausgeschriebene Fahrzeuge identifiziert. Haupteinsatzort bei den 125 Einsätzen war die Reeperbahn (24 Einsätze). Dressel: "Wenn die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts 1:1 umgesetzt werden, ist und bleibt der maßvolle Einsatz der Kennzeichenlesegeräte eine sinnvolle Ergänzung des polizeilichen Instrumentariums. Der schwarz-grüne Senat ist in der Pflicht, zügig einen verfassungskonformen Vorschlag zu machen."

5. Das Distanz-Elektroimpulsgerät, der "Taser", ist seit Anschaffung zwei-

mal eingesetzt worden - zuletzt am 11. August 2008.

6. In 108 Fällen kamen seit 2005 Maßnahmen der Telefonüberwachung, insbesondere der Handyortung, zum Einsatz. Nur in vier Fällen davon konnte die Lebensgefahr (drohender Suizid, Vermisstenfall) nicht abgewendet werden. Dressel: "Wir freuen uns sehr, dass diese richtige und wichtige Maßnahme, die wir Sozialdemokraten seinerzeit auch gefordert haben, geholfen hat, viele Menschen aus Lebensgefahr zu retten. Hier darf Schwarz-Grün keinerlei Abstriche vornehmen."

7. Noch ausführlicher zu analysieren bleibe laut Dressel die Entwicklung in den so genannten Gefahrengeländen, in denen die Polizei aufgrund einer besonderen Kriminalitätsbelastung auch ohne konkreten Verdacht Maßnahmen gegenüber einzelnen ergreifen kann. Gefahrengelände werden bereits seit dem Jahr 1995 von der Polizei definiert, das erste Areal war (und ist bis zum heutigen Tag) St. Georg. Die Zahlen registrierter Delikte und polizeilicher Maßnahmen lassen nicht erkennen, dass die Ergänzung polizeilicher Befugnisse sich in der Praxis auf Polizeiarbeit und Kriminalitätsbelastung ausgewirkt hätten. Etwas anderes gilt nur für die Aufenthaltsverbote, auf deren Einsatz die CDU-geführten Senate im Zeitraum seit dem Regierungswechsel Ende 2001 bis zur Gesetzesnovelle Mitte 2005 verzichtet hatten.

8. Weiter zu hinterfragen sei die Senatsantwort auch mit Blick auf die Kosten, die im Zuge der Umsetzung neuer polizeirechtlicher



Befugnisse entstehen. Über die Folgekosten bei der Polizei neu eingeführter Technik verweigere der Senat jegliche Angaben. Gerade jetzt müsse der Senat auskunftsfähig sein, in welcher Höhe sich etwa die Videoüberwachung in Polizeikommissariaten im Budget der Innenbehörde niederschläge, kritisiert Dressel. Immerhin stehe man kurz vor den Haushaltsberatungen.

Dressel: "In der Innenpolitik hat Schwarz-Grün bisher nur Formelkompromisse zustande bekommen. Auf Basis der nun vorliegenden ersten Evaluation des neuen Polizeirechts muss die Koalition nun endlich Farbe bekennen."

100 Tage Schwarz-Grün: "Da war noch nix!" von Michael Neumann

100 Tage nach Antritt des schwarz-grünen Senats macht sich weitgehend Ernüchterung breit. Die aktuelle Debatte über Geheimabsprachen jenseits des Koalitionsvertrages bringt den konservativen Senat schon nach 100 Tagen politisch in Bedrängnis. Über seine Leistungen kann man noch nicht viel sagen. Denn er hat noch nichts geleistet. Bei den bisher erzielten Kompromissen zwischen CDU-Konservatismus einerseits und grünen Träumereien andererseits ist meist Murks herausgekommen. Vielsagend ist, dass sich Bürgermeister von Beust nicht zu einer Bewertung der ersten 100 Tage seines Senats hat durchringen können.

Schwarz-Grün hat von seiner Faszination schon in den ersten 100 Tagen viel verloren. Von einem Modellprojekt für andere Länder oder gar den Bund redet niemand mehr. In Hamburg liegen CDU und GAL in wichtigen Ressorts weit auseinander – etwa in der Schul-, Wirtschafts- und Innenpolitik. Schwarz und Grün lösen politische Widersprüche nicht auf. Sie kleistern sie zu. Zustande gekommen sind faule Kompromisse, mit denen niemand wirklich zufrieden sein kann und die die Stadt nicht voranbringen.

Die Aufdeckung von Nebenabsprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages bringt den Senat zudem in eine Glaubwürdigkeitskrise: Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages durch Bürgermeister von Beust, CDU-Chef Freytag sowie GAL-Fraktionschefin Goetsch und GAL-Landeschefin Hajduk ist unmissverständlich erklärt worden, es gebe neben dem Koalitionsvertrag keine weiteren Absprachen. Diese Aussage glaubt jetzt niemand mehr. Es wäre ein Skandal, wenn Schwarz-Grün mit einer faustdicken Lüge in die Legislaturperiode gestartet wäre. Und vieles spricht dafür. Hier müssen sich die Spitzen von CDU und GAL unmissverständlich äußern. Auf einen Hamburger Senat muss man sich verlassen können.

VERPASSTE CHANCEN

Schwarz-Grün verpasst die Chance, schon zu Beginn der Legislaturperiode Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. In der Sozialpolitik gibt es keinerlei Bereitschaft, der sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken, für den Hochschulbesuch werden weiter Studiengebühren kassiert. In Bildungs- und Hochschulpolitik bleibt es

dabei, dass die Bildungschancen von Kindern und jungen Leuten vom Portemonnaie der Eltern abhängen. CDU und GAL haben versäumt, durch das Streichen von Bildungsgebühren einen Kurswechsel im gesamten Bereich der Bildungspolitik vorzunehmen.

Bei größeren Projekten zeigt sich der schwarz-grüne Senat unentschlossen und überfordert: Etwa beim Gezerre um die Ausrichtung der Universiade oder den laufenden Streit um den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg. Bei letzterem hat sich die schwarz-grüne Politik vor einer Entscheidung gedrückt und die Verantwortung auf die Justiz abgeschoben. Regieren sieht anders aus.

In der Schulpolitik steht der Senat schon jetzt unter Druck. Die Einführung der Primarschulen gehört zu einer Reihe von Versprechungen, von denen niemand weiß, wann und vor allen wie sie umgesetzt werden sollen – von der Finanzierung ganz zu schweigen. In der Bildungspolitik ist es wichtig, Eltern und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler auf dem Reformprozess mitzunehmen. Senatorin Goetsch aber greift zur Brechstange und führt in Hamburg eine Primarschule ein, die in Berlin gerade erst gescheitert ist. Es ist ein „Skandal“ dass Schwarz-Grün den Elternwillen abschafft. Eltern sollen nach dem Wunsch von CDU und GAL keinen Einfluss mehr auf die Wahl der weiterführenden Schulform haben. Damit provozieren Herr von Beust und Frau Goetsch Widerstand der Eltern und fügen der richtigen Idee vom längeren gemeinsamen Lernen Schaden zu.

UNSOLIDE FINANZPOLITIK

Es ist bemerkenswert, dass die Koalitionäre „in Windeseile“ zentrale Versprechen über Bord geworfen haben. So etwa die vom Bürgermeister als „nicht verhandelbare“ Aussage, es dürften keine neuen Schulden gemacht werden. In Wirklichkeit weiß mittlerweile jeder, wie es um den Haushalt bestellt ist. Die Steuereinnahmen sprudeln, doch Finanzsenator Freytag ist es nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Stattdessen verscherbelt er das Tafelsilber der Stadt. Das ist das Gegenteil von solider Finanzpolitik. Wenn der Bürgermeister jetzt über Steuererhöhungen nachdenke, zeigt dies in erster Linie eins: Hamburg hat ein Problem mit den Ausgaben, nicht mit den Einnahmen. Schwarz-Grün kommt mit dem Geld nicht aus.

Die SPD-Fraktion erteilt Überlegungen aus der schwarz-grünen Koalition zu Steuererhöhungen eine klare Absage. Bevor die Hamburgerinnen und Hamburger weiter belastet werden, muss der Senat bei seinen Projekten den Rotstift ansetzen. Der Koalitionsvertrag sieht zusätzliche Ausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vor. Davor hat der CDU-Senat Projekte für 800 Millionen Euro beschlossen. Schwarz-Grün hat also viele Möglichkeiten zu sparen. Die Hamburger Steuerzahler dürfen nicht für fragwürdige politische Experimente zur Kasse gebeten werden.

Besorgnis erregend ist auch die zukünftige finanzielle Absicherung des Hamburger Hafens. Bisher gab es Einigkeit unter den großen Parteien, dass alles für die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens getan werden

muss. Nun wird in CDU und GAL überlegt, die Investitionen in den Hafen zurück zu fahren. Hier setzt die CDU um des Koalitionsfriedens Willen die Zukunft des zentralen Wirtschaftsfaktors in Hamburg auf Spiel.

SACHLICHE UND HARTE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG

Die SPD-Fraktion wird eine harte und sachliche Auseinandersetzung mit Schwarz-Grün führen. Wir werden die Arbeit von Schwarz-Grün nüchtern und sachlich bewerten und Richtiges richtig nennen und Falsches falsch. Mit den anstehenden Haushaltsberatungen wird die Öffentlichkeit endlich erfahren, in welchem Zustand sich die Hamburger Staatsfinanzen befinden. Die Öffentlichkeit wird dann auch erfahren, welche Pläne und Ankündigungen von Schwarz-Grün in der Versenkung verschwinden werden.

Schwerpunkte der politischen Arbeit der SPD-Fraktion werden die Haushalts- und Schulpolitik sowie der Kampf gegen die fortschreitende soziale Spaltung der Stadt sein. Die neue und wesentlich jüngere SPD-Fraktion hat in der schwarz-grünen Legislaturperiode schnell Tritt gefasst. Es ist uns gelungen, zum Beispiel in den wichtigen Ressorts Haushalt, Schule und Justiz neue Abgeordnete zu positionieren, die sich auf Augenhöhe mit den Senatorinnen und Senatoren aus-



TERMINE

- 3./4. September 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 12. September 2008, 16.00 Uhr**, SPD-Hoffest
- 17. September 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 20. September 2008, 10-17.00 Uhr**, Tag der Offenen Tür im Rathaus
- 28. September 2008**, Landtagswahlen Bayern, Kommunalwahlen Brandenburg
- 1. Oktober 2008, 16.00 Uhr**, Verkehrsforum mit Christian Carstensen und Wolfgang Tiefensee
- 3. Oktober 2008**, Tag der Deutschen Einheit
- 30. Oktober 2008, 19.00 Uhr**, "Kunst in der Fraktion" mit Oliver Kornblum

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
 Hamburger Rathaus (3. Stock)
 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
 Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
 Email: info@spd-fraktion-hamburg.de





Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Agnes Hiller, Christoph Holstein
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

